

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 535

Mittwoch, 29. Mai 2013

20. Jahrgang

Das Sozialprogramm von Perez Molina - Versprechen und Realität

Schon das Sozialprogramm der Regierung Colom und seiner Frau Sandra Torres wurde kritisiert und nun auch das der aktuellen Regierung. Die guatemaltekische Zeitung „La Hora“ befasste sich in einem längeren Artikel (erschieden am 5. April 2013) mit dem „Korb der Sicherheit“, dem Sozialprogramm von Präsident Otto Perez Molina. Die Autorin Regina Perez wirft der Regierung darin Klientelismus, Ineffizienz und Bevorzugung der städtischen Bevölkerung vor.

Mit dem Amtsantritt von Otto Pérez Molina wurde das von Álvaro Colom eingerichtete Sozialprogramm „Korb der Solidarität“ („Bolsa de seguridad“) mit einigen leichten Änderungen weitergeführt. Auch dieses ist jedoch - wie das vorherige - nicht von Kritik durch Abgeordnete und Zivilgesellschaft verschont geblieben. Sie bezieht sich auf mangelnde Transparenz, den überkauften Ankauf von Nahrungsmitteln und Unklarheiten über die Schwerpunkte und Auswahl der EmpfängerInnen. Zudem bemängeln Experten deren Ineffektivität im Kampf gegen Unterernährung sowie - allgemeiner formuliert - die eigentlichen Ziele des Programms.

Was ist darin enthalten, wie viel kostet er und wie viele wurden verteilt

Der „Korb der Sicherheit“ kostet ungefähr 175,21 Q (ca. 17 €) und besteht aus folgenden Nahrungsmitteln: 4,6 kg Bohnen, 4,6 kg Reis, 1 Flasche Olivenöl, 2,3 kg Maismehl, 1kg Haferflocken und 24 Packungen flüssige Incaparina (Mischung aus Mais- und Sojamehl mit Vitaminen und Proteinen).

Laut einem Bericht auf der Webseite des Sozialministeriums über die Begünstigten des „Korbs der Sicherheit“ wurden zwischen dem 27. Mai und 27. Dezember 2012 103.870 Körbe in der Hauptstadt verteilt sowie 150.298 in anderen Stadtbezirken in Guatemala - zusammen also 254.168 Körbe für insgesamt 162.262 Begünstigte. Die Zahl der Begünstigten bezieht sich dabei auf den Stichtag bis Februar 2013. Aktualisierte Zahlen waren bis Redaktionsschluss noch nicht bekannt.

„Korb der Sicherheit“...

Bei der vorhergehenden Regierung wurde der Korb durch das Programm „Mein Familie schreitet voran“ in jenen Gemeinden überall im Land verteilt, die das höchste Armutsniveau hatten. Heute werden diese in 17 Gemeinden in städtisch geprägten Gebieten und in geringerem Masse in dem Department Guatemala sowie den städtischen Gebieten von Quetzaltenango und Escuintla vergeben. Auch wenn es im Department Guatemala marginalisierte Gebiete mit hohen Armutsraten gibt, sind diese nicht Schwerpunkt der Massnahmen gegen die Geißel der Unterernährung.

Zu den offiziellen Zielen des „Korbs der Sicherheit“ gehört, „die Ernährungssicherheit zu fördern“. Allerdings findet die Verteilung der Nahrungsmittel in ei-

Inhaltsverzeichnis

Das Sozialprogramm von Perez Molina - Versprechen und Realität.....	1
Pérez gibt mangelnden Output des Programms „Null Hunger!“ zu.....	3
Die Zustimmung für die Otto-Pérez-Regierung sinkt	4
SchülerInnen ohne Schulen.....	4
Guatemaltekische Regierung wendet den Blick nach China. .	4
Verfassungsgericht hebt Urteil gegen Ríos Montt auf.....	5
Reaktionen auf das Urteil: Disziplinarverfahren gegen Anwalt Gudiel und Richterin Flores ...	5
Journalist Allan Nairn fordert Ermittlungen gegen Pérez Molina und Ronald Reagan.....	6
Frauenmorde gehen weiter.....	6
70 Jahr Haft für García Arredondo bestätigt.....	6
Javier Figueroa in Österreich des Mordes beschuldigt.....	7

nem der Departments statt, mit den niedrigsten Index chronischer Unterernährung, eben die Region von Guatemala Stadt. Wie will man die unsichere Nahrungsmittelsituation im ganzen Land bekämpfen, wenn man von den 22 Departments jenes auswählt, das den niedrigsten Index der Unterernährung hat? Das sei ein Widerspruch, sagt der Abgeordnete Hugo Morán von der Partei des Nationalen Fortschritts (PAN), der einer der wichtigsten Auswerter des Programms ist. Morán leitete aus der Antwort des Sozialministeriums (MIDES) auf seine Frage über die Verteilungsstrategie ab, dass sich das Konzept des „Korbs der Sicherheit“ auf städtische Areale richtete. Allerdings findet der Abgeordnete, dass es mehrere Stadtkerne gibt, die viel mehr Hilfe benötigen.

„Null Hunger!“

„Es gibt keinerlei technische oder objektive Antworten, weshalb hier in der Hauptstadt mehr Nahrungsmittelkörbe verteilt wurden.“ Nach dem Haushaltsplan des „Korbes der Sicherheit“ des vergangenen Jahres waren das über 45 % des gesamten Programms. „Das passt gar nicht zu dem Plan „Null Hunger!“. Wie kann man da sagen, dass das Nahrungsmittelprogramm Teil des Armutsbekämpfungsprogramms ist“, fragt Morán. Tatsächlich ist es offiziell als Teil des Plans „Null Hunger!“ gedacht, so führt der Parlamentarier fort. Für dieses Jahr hat der Haushaltsplan dafür 102.432.589 Quetzales (ca. 10 Mio. €) ausgewiesen, 3 Millionen Quetzales (ca. 300.000 €) weniger als 2012. Dennoch ist das Programm nicht in der Aufgabenübersicht des Sekretariats für Ernährungssicherheit in puncto Bekämpfung chronischer Unterernährung aufgeführt.

Weiterhin Formen des Klientelismus

In Bezug auf diese neue Etappe und der Institutionalisierung des Sozialprogramms innerhalb des Sozialministeriums weist das Ministerium darauf hin, dass „die Regierung sich durch die Nahrungsmittelverteilung einem neuen Paradigma verpflichtet habe, dass jenseits vom improvisierten, fürsorglichen, klientelistischen Aktionismus liegt und stattdessen integrale Politik- und Programmansätze gestaltet mit dem Schwerpunkt auf Menschenrechte, basierend auf Bedürftigkeit und mit transparenten Auswahlkriterien in Bezug auf die Unterstützten und die Verteilung der Mittel.“

Dennoch bleibt der klientelistische Anstrich, den es auch schon unter der UNE-Regierung gab. So kam Präsident Otto Pérez Molina am 26. Oktober 2012 zum Sportzentrum „4. Februar“ in Mixco, jener Kommune, die sein Sohn, Otto Pérez Leal regiert, um Nahrungsmittel an die dort lebende Bevölkerung zu verteilen. Während diese auf den Präsidenten warteten, hörten sie Marimbaklänge von Musikern, die im Orange der PP gekleidet waren.

Leonel Lira, von Encuentro por Guatemala (EG) weist darauf hin, dass er im vergangenen Jahr mehrere Beschwerden von Personen aus Amatitlán bekam, die keine Nahrungsmittelkörbe erhalten hatten, weil sie in Opposition zum siegreichen Bürgermeister der PP standen - offiziell weil „bei ihnen kein Bedarf bestand.“

Kritik aus der Zivilgesellschaft

Nach Recherchen des unabhängigen Experten Ronalth Ochaeta, der im Auftrag der BürgerInnenaktion Studien zu den Sozialprogrammen anstellte, wurden im „Korb der Sicherheit“ einige Veränderungen vorgenommen. Eine davon ist zum Beispiel, dass die Nahrungsmittelkörbe ausschliesslich im städtischen Bereich verteilt wurden und dass manchmal Militärs die Sachen nicht in den Häusern der Begünstigten, sondern Nahrungsmittelscheine an bestimmten Orten verteilten, z.B. im Park La Democracia. Es gibt jedoch kein offizielles Register, wie die Körbe an die besonders bedürftigen Familien übergeben werden, ebenso wenig ein Verfahrenshandbuch über die Schwerpunktsetzung des Programms, sofern dies mal nötig sein sollte, sagte Ochaeta. Auf der Internetseite guatecompras.gob.gt ist die Menge der Nahrungsmittel registriert, die gekauft werden soll, aber nicht, welche Unternehmen davon profitieren. Zugleich weist Ochaeta darauf hin, dass trotz dieser Mengen die Schwerpunkte des Programms völlig unklar seien. Wenn er das Ministerium fragt, wie diese definiert werden, gibt es dazu keinerlei Informationen. Für den Interviewpartner haben sich die Sozialprogramme zur selben klientelistischen Beruhigungsspielle entwickelt wie bei der Vorgängerregierung: „Das Sozialministerium hat weniger Mittel, aber die Regierung bemächtigt sich dieser, um sie politisch für die nächsten Wahlen zu nutzen. Das ist alles dezentralisiert, aber die lokalen Akteure nutzen sie auf diese Weise für ihre Zwecke.“

Von der omnipotenten Sandra zum dezentralen Klientelismus

In der Regierung der UNE gab es diese omnipräsente Figur der Sandra Torres, die alle Entscheidungen traf, auch darüber, wer die Mittel der Sozialprogramme erhält. Und in gewisser Weise war sie es, die die politischen Akteure manipulierte, die diese Mittel als Kontrollwerkzeug der lokalen Sphäre nutzten, bringt es der Analyst auf den Punkt.

Bei dieser Regierung geschieht das Gegenteil: Das Sozialministerium erlitt fast die gleiche institutionelle Gefangenschaft wie die Renap bei der vorherigen Regierung - die Abgeordneten, die BürgermeisterInnen, die Leute, die der Re-

gierung nahe stehen und auch der Opposition verbündeten sich und kontrollieren sie nun. Das bedeutet, es gibt keine omnipotente Macht mehr, sondern einen klientelistischen Pakt zwischen dem Ministerium und den lokalen Akteuren. Einige wahrgenommene Anomalien beim „Korb der Sicherheit“ beziehen sich auf die Beliebigkeit der Entscheidungen bei den Schwerpunkten und der Auswahl der Begünstigten und dem Prozess der Nahrungsmiteinkäufe und ihrer Kontrakte. Das Problem ist, dass all dies politisiert ist und dass es nicht die wirklich Ärmsten erreicht, und dass sich die Transparenz der Programme nicht verbessert hat, sondern dass man sehen kann, wo Wahlstimmen kapitalisiert werden, unterstreicht Ochaeta.

Überteuertes Einkauf der Nahrung

Trotz des Versprechens des Sozialministeriums ein neues Paradigma umzusetzen und transparente Kriterien für die Auswahl der Begünstigten und dem Gebrauch der Mittel zu nutzen, wird das Programm aus verschiedenen Gründen kritisch hinterfragt. 2012 hat die Fraktion von EG eine Überbewertung der Preise kritisiert, die das Ministerium in einem offen gelegten Vertrag zum Ankauf der Nahrungsmittel unterzeichnet hat. „Wir haben eine Beschwerde eingereicht, weil wir beobachtet haben, dass sie den Reis zu einem viel höheren als dem Marktpreis angekauft haben. Die Vereinigung der Reisproduzenten gab uns die Kursnotierungen, die zeigten, dass die Preise, die sie anboten, ganz andere waren“, sagte Lira. Mitglieder seiner Fraktion hatten die aktuellen Notierungen aus Lagern und anderen Orten zusammengetragen und die waren viel niedriger als die, die uns die Vertreter des Ministeriums bei einer Befragung nannten.

Der Abgeordnete Hugo Morán beschwerte sich auf ähnliche Weise dieses Jahr: Im vergangenen Februar hatte er ein Gespräch im Ministerium, bei dem verschiedene Themen behandelt worden, die mit dem Programm zu tun hatten, insbesondere aber die Überteuierung der Produkte des Korbes in den Kontrakten. Je nach Produkt waren die Preise 14, 34 oder 43 % höher als der gängige Marktpreis. Morán gab an, dass das Ministerium aufgrund zahlreicher Beschwerden aufgehört habe, solche Kontrakte abzuschliessen.

Wenig effektiv im Kampf gegen Unterernährung

Schliesslich gibt es keinerlei Hinweise darüber, dass die Nahrungsmittelkörbe effektiv gewesen wären, um die Unterernährung zu bekämpfen. Nach Ansicht des Wissenschaftlers Reynaldo Martorell vom Institut für Globale Gesundheit an der Schule für Öffentliche Gesundheit von der Universität Emory, Atlanta/USA bilden die Körbe eine von vielen Möglichkeiten, um die Armut zu bekämpfen, sind aber nicht geeignet, um chronische Unterernährung zu bekämpfen. Das ist deswegen so, weil meist Nahrungsmittel übergeben werden, die für Kinder zwischen 0 und 2 Jahren nicht ausreichend oder geeignet sind. Zudem finden sich in den Programmen keinerlei Bildungsmaterialien, um zu erreichen, dass die gespendeten Nahrungsmittel für die Ernährung der Kleinsten gebraucht werden, erklärte Martorell, der kürzlich vom Sekretariat für Nahrung und Ernährungssicherheit (SESAN) nach Guatemala eingeladen worden war.

Die Redaktion [der La Hora] wollte in einer Frist von einer Woche eine Stellungnahme des Sozialministeriums erhalten und in dem Artikel verarbeiten, aber bis zum Redaktionsschluss gab es keinerlei Antwort von Seiten des Ministeriums.

Zum Abschluss dieser Titelgeschichte ein Nachtrag zum Programm „Null Hunger“, sowie eine Einschätzung der Regierung, einen Einblick in die Infrastruktur des Bildungswesen und in die Ausblicke der Wirtschaft:

Pérez gibt mangelnden Output des Programms „Null Hunger!“ zu

Guatemala Stadt, 15. Mai. Präsident Otto Pérez gab an, dass das vorgesehene Output des Programms „Null Hunger!“ im ersten Quartal dieses Jahres bei 23 % statt der anvisierten 33 % einen Rückgang erlebt. Es müssten noch einige wenige Dinge aktualisiert werden. Pérez hofft, den Output aller Programme zu steigern, weil die Ausgaben nicht auf dem Niveau seien, das er sich wünschen würde. „Daher bitten wir jedes Ministerium, das mit den damit zusammenhängenden Programmen zu tun habe, dafür zu sorgen, dass sie so rasch wie möglich den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen.“ Er fügte an, dass die Ministerien mit dem grössten Rückstand bei der Ausführung des Programms jene für Wirtschaft bzw. für Landwirtschaft seien, da es dort wohl Verwaltungsprobleme gebe.

„Wir bitten die Ministerien, dass jene, die in Rückstand sind, ihre Arbeit bei diesen Programmen zu beschleunigen, wie es ihre Aufgabe ist, damit die Ziele in die Realität umgesetzt werden.“

Präsident Pérez Molina äusserte diese Kritik an 'seinen' Ministerien während der Amtseinführung der neuen Vize-Gesundheitsministerin (zuständig für die Primärversorgung), Betzabé Obispo.

Die Zustimmung für die Otto-Pérez-Regierung sinkt

Guatemala, 23. Mai. Die Zustimmung, die die aktuelle Regierung genießt, sank seit Mai letzten Jahres um 20 Prozentpunkte. Zumindest ergab das die nationale Umfrage der CID Gallup, die zwischen dem 2. und 9. Mai durchgeführt wurde. Die wirtschaftliche Situation und deren Auswirkungen auf die Bevölkerung habe dabei ein grosse Rolle gespielt. Die Gewalt und die Arbeitslosigkeit stellen die Hauptprobleme des Landes dar und so sehen es auch die BürgerInnen, die deshalb weniger Vertrauen in die Pérez-Regierung haben.

Die öffentliche Meinung wird sogar noch kritischer, wenn man fragt, ob das Land auf dem richtigen Weg sei. Sieben von zehn Befragten gaben an, dass Guatemala auf dem falschen Weg sei. 70% der Personen gaben an, dass ihre Situation in den letzten vier Monaten entweder gleich geblieben sei oder sich verschlechtert habe. 30% der Befragten gaben an, dass sie keine Veränderungen in naher Zukunft erwarteten. Auch wenn der Prozentsatz seit Januar diesen Jahres um 13 Prozentpunkte sank, stehen trotzdem noch immer 58% der Befragten hinter Pérez. Und obwohl die Gewalt Guatemalas Hauptproblem ist, machen den Familien die Lebenserhaltungs- und Nahrungsmittelkosten am meisten Sorgen. (EP)

SchülerInnen ohne Schulen

Guatemala, 14. Mai. Das Erdbeben vom 7. November letzten Jahres hatte Schäden in knapp 500 Schulen in acht verschiedenen Departments verursacht. 86 davon, so die Ergebnisse eine Studie, benötigen eine sofortige Reparatur. Sechs Monate nach dem Beben wurden allerdings in keiner der betroffenen Gebäude, oder auch in schon vorher vernachlässigten Schulen, Renovierungsarbeiten ausgeführt. Die Generaldirektion für Planung des Bildungsministeriums (Mineduc) bestätigte, dass knapp 400 Bildungseinrichtungen wiederaufgebaut werden müssen. 324 davon sind als nicht bewohnbar eingestuft. Die am schlimmsten betroffenen Region ist das Department San Marcos, wo 277 Einrichtungen in andere Gebäude verlegt werden mussten.

„Es gibt Gemeindesäle, Kirchen, Schulen, die nicht beschädigt wurden sowie private Häuser. Diese stellen zur Zeit die Alternative für die zerstörten Schulgebäude dar. In anderen Fällen halfen private Initiativen Lösungen zu finden“, gab Alfredo Garcia, administrativer Vizeminister der Generaldirektion der Koordinierung des Mineduc an. Weiter sagte er, dass dies nicht die bestmögliche Art wäre, die Bildungsqualität zu sichern, aber in Anbetracht der Notlage gerechtfertigt sei. Ausserdem seien 100 Millionen Quetzales (ca. 9,7 Mio. €) veranschlagt, um hoffentlich noch dieses Jahr alle vom Erdbeben betroffenen Bildungseinrichtungen wieder herzustellen. Insgesamt werden 2013 mehr als 230 Millionen Quetzales (ca. 24 Mio. €) investiert, um die ungefähr 600 Gebäude zu erneuern.

Ausser den vom Erdbeben betroffenen Gebäuden ist es auch mit der restlichen Infrastruktur schlecht bestellt. „Alle haben Probleme und um sie zu beseitigen, benötigen wir eine ständige Investition von 700 Millionen Quetzales (ca. 70 Mio. €) pro Monat, und das sieben Jahre lang.“, gab der Bildungsvize an. Insgesamt ist das Mineduc für 22.000 Bildungseinrichtungen verantwortlich und im Westen des Landes befindet sich der Hauptteil der beschädigten Gebäude. Es ist zu erwarten das deren Zustand sich während des Winters weiter verschlechtern werde. Die Ausführung der Arbeiten obliegt dem Kommunikationsministerium, während das Mineduc lediglich entscheidet, wo und was repariert werden muss. Es besitzt nicht die Kapazität auch noch die Arbeiten zu organisieren. „Seit dem Krediterlass des BID von 2008 sind diese 86 Projekte, die ersten, die formal zustande kommen“ so der Vizeminister. (PL)

Guatemaltekische Regierung wendet den Blick nach China

Guatemala, 23. Mai. Im Rahmen einer Politik, die die wirtschaftliche Entwicklung sowie eine öffentlich-private Zusammenarbeit stark in den Vordergrund stellt, hat die Regierung beschlossen, nächstes Jahr ein Handelsbüro im kontinentalen China zu eröffnen. Ziel ist es, die wirtschaftlichen, kulturellen und diplomatischen Verhältnisse zu vertiefen. Laut Wirtschaftsminister Sergio de la Torre geschähe dies im Einklang mit dem privaten Wirtschaftssektor.

Das gab De la Torre während einer Präsentation mit dem Unternehmen *TBEA Electric Apparatus Stock Co. Ltd.*, bekannt. Das Unternehmen seinerseits habe vor, ein Büro in Guatemala einzurichten, wo es, vertreten durch die Firma *Prevelec, S.A.*, elektrische Transmissionsgeräte vertreiben werde. Weiterhin sollen Projekte für Solarenergie, thermische Energie und hydraulische Energie Teil des Vertrags mit Guatemala sein. TBEA ist eines der 10 chinesischen Unternehmen, das über 10 Milliarden US-Dollar von der Chinesischen Entwicklungsbank erhält, um es im Ausland zu investieren.

Für den Wirtschaftsminister eröffnen sich neue Kommunikationskanäle im wirtschaftlichen und im kulturellen Sektor. Allerdings können sich vor allem im Wirtschaftsbereich Hindernisse ergeben, da zwischen den beiden Ländern keinerlei diplomatische Verbindungen bestehen. Weiter sagte De la Torre: „Uns interessiert die chinesischen Investition, der technologische Austausch und der Handel. Wir arbeiten an einer Strategie, um ein Wirtschaftsbüro zu eröffnen.(...) Noch haben wir kein genaues Datum, aber ich irre mich nicht, wenn ich sage, dass es 2014 eröffnet wird.“ (Siglo 21)

Im Folgenden einige Neuigkeiten aus dem Genozid-Prozess:

Verfassungsgericht hebt Urteil gegen Ríos Montt auf

Guatemala Stadt, 21. Mai. Mit dem denkbar knappsten Votum von drei zu zwei Stimmen hob das guatemalteckische Verfassungsgericht am 20. Mai das Urteil im Genozid-Prozess, das Efraín Ríos Montt zu 80 Jahren Gefängnis verurteilte, auf. Es erklärte den Einspruch gegen das Berufungsgericht, das erklärt hatte, dass das erste Gericht die Auflagen des Verfassungsgerichtes erfüllt hatte, für rechtens.

Der Generalsekretär des Verfassungsgerichts, Martín Guzmán erklärte, dass das Verfahren wieder an das Erste Tribunal A zurückverwiesen werde, nachdem das Berufungsgericht seine falsche Entscheidung modifiziert habe. Dabei hat das Verfassungsgericht sich fast ausschliesslich mit der Frage der Rechtmässigkeit des vorübergehenden Ausschlusses des Anwalts García Gudiel befasst. Dessen Kollege Moisés Galindo argumentierte grundsätzlicher, dass es kein Gerichtsverfahren geben dürfe, so lange es kein spezielles Berufungsgericht für Prozesse in Bezug auf den Bürgerkrieg gebe, der sich auch mit der Frage des Amnestiegesetzes und dessen Auswirkungen befasste.

Die beiden abweichenden Stimmen im Verfassungsgerichtssenat - Mauro Roderico Chacón Corado und Gloria Patricia Porras Escobar – argumentierten zum einen, dass diese Entscheidung unverhältnismässig sei, und zum anderen, dass der Ausschluss von García Gudiel insofern gerechtfertigt gewesen sei, da dieser einzig das Ziel gehabt habe, den Prozess zu torpedieren. Den drei Verantwortlichen für das Urteil - Héctor Hugo Pérez Aguilera, Alejandro Maldonado Aguirre und Roberto Molina Barreto – wurde, etwa von der Kolumnistin der Prensa Libre, Carolina Escobar Sarti, vorgeworfen, dass sie im Geiste der Straffreiheit und im Sinne ihrer Patrons handelten.

Das Urteil vom 19. April war von vielen Seiten als Meilenstein in der guatemalteckischen Justizgeschichte gefeiert worden, so von verschiedenen Organisationen der VN, etwa denen die sich mit der Frage des Verschwindenlassens, der Folter, der Praxis der extralegalen Hinrichtungen oder den Rechten indigener Völker befassen.

In dem Urteil legte das Gericht im Übrigen auch den guatemalteckischen Behörden auf, in einer nicht festgelegten Frist die Opfer des Volkes Ixil zu entschädigen. Nun protestiert eine Vielzahl von Menschenrechtsgruppen gegen das Urteil des Verfassungsgerichts und versuchen dieses zu kippen, allerdings wohl mit wenig Erfolgchancen.

Derweil versucht das Oberste Gericht (CSJ) RichterInnen zu finden, die die Weitergabe des Verfassungsurteils an das ursprüngliche Gericht überwachen. Viele weigerten sich, daran teilzunehmen, da sie in irgendeiner Art und Weise mit dem Fall bereits zu tun gehabt hätten. Auch dies wird den Fortgang des Verfahrens vermutlich weiter verzögern. (PL, EP, SV)

Reaktionen auf das Urteil: Disziplinarverfahren gegen Anwalt Gudiel und Richterin Flores

Guatemala, April/Mai. Anwälte aus dem Spektrum der Menschenrechtsbewegung haben begonnen, sowohl gegen den Ríos-Montt-Anwalt Francisco García Gudiel als auch gegen die Richterin Carol Patricia Flores Polanco zu klagen. Gegen Gudiel hat der Repräsentant des Internationalen Verbandes der JuristInnen (CIJ), Ramon Cadena ein Disziplinarverfahren gefordert u.a. wegen Beleidigung der Richterin Barrios. Aufgrund dieses Verhaltens vor Gericht müsse er seine Anwaltslizenz verlieren.

Gegen Richterin Flores gibt es Untersuchungen von Seiten der Abteilung für Disziplinarverfahren in der Justiz und des Ombudsmanns für Menschenrechte (PDH) sowie durch den CIJ. Anlass war Flores Urteil im Verfahren gegen Ríos Montt und Rodríguez Sánchez. Cadena kritisierte dieses Urteil als „offensichtlich durchdrungen von einer Struktur der organisierten Kriminalität innerhalb des Justizwesens, die geschützt werden müsse“. Die PDH hielt Flores vor, dass diese mit ihrem Urteil das Recht auf Zugang zur Justiz für Opfer des Genozids verletzt habe.

Journalist Allan Nairn fordert Ermittlungen gegen Pérez Molina und Ronald Reagan

Guatemala/USA, 23. Mai - „Es muss Ermittlungen gegen Präsident Otto Pérez Molina geben, denn er war verantwortlich für die Umsetzung des Plans von Efraín Ríos Montt“, sagte der Journalist Allan Nairn am Mittwoch, dem 22. Mai, in einem Fernsehinterview auf CNN. Er erinnerte daran, dass Ríos Montt ihm 1982 in einem Interview gesagt habe, dass die „Indios“ sich an die Subversion verkauft hätten. 15 Minuten lang wurden einige Bilder des Ex-Staatschefs gezeigt, ebenso aber auch solche des Kommandanten Tito Arias, alias Otto Pérez Molina. Nairn erinnerte daran, dass in diesen Jahren die von Pérez Molina befehligten Truppenmitglieder ihm sagten, dass dieser die Befehle für die Massaker im Gebiet der Ixil gegeben habe. „Muss man also gegen den Präsidenten ermitteln?“ fragte Nairn und antwortete mit einem klaren Ja. Nach dem Urteil dürfe es nicht bei einer Verurteilung von Ríos Montt bleiben, sondern es müsste Prozesse gegen alle beteiligten Militärangehörigen geben. Die Justiz Guatemalas sollte die USA bitten, Ermittlungen zu eröffnen gegen die Administration von Präsident Ronald Reagan zwischen 1981 und 1989, da diese die damaligen Geschehnisse in Guatemala besonders gut kennen würden.

Frauenmorde gehen weiter

Guatemala-Stadt, 22. Mai. Die Zahl der gewaltsam getöteten Frauen ist weiterhin hoch und wird nicht bestraft. Im ersten Quartal waren es mehr als 280 Frauen. Gleichzeitig sinkt die Anzahl der Fälle, die vor Gericht verhandelt und mit einer Verurteilung enden. 2012 wurden insgesamt 535 Todesfälle berichtet, von denen 186 vor Gericht gebracht wurden und 39 mit einer Verurteilung endeten. Die Angaben dieser Zahlen stammt von der Guatemaltekeische Gruppe der Frauen (GGM) und den Justizorganen. Exemplarisch ist der Fall, den die GGM nun vor das Interamerikanische System zum Schutz der Menschenrechte zur Klage gegen den guatemaltekeischen Staat vorbrachte: der Tod von María Isabel Véliz Franco, die 2001 ermordet wurde und deren Fall noch immer ungeklärt ist.

Giovanna Lemus, Vertreterin des Netzwerks gegen Gewalt gegenüber Frauen erklärte, dass diese Klage beim Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof dem Ziel diene, eine Änderung der Ermittlungsarbeit zu erreichen. Es gebe Unregelmäßigkeiten bei der Bewachung der Beweismittel und fehlende Koordination. Das habe sich bis heute wenig geändert. Allerdings gibt es kleine Lichtblicke. So würden nun spezielle RichterInnen gegen die Frauenmorde eingesetzt, allerdings bisher nur in Guatemala-Stadt, Chiquimula, Quetzaltenango, Alta Verapaz und Huehuetenango.

Die sechs RichterInnen und zwei Tribunale für diese Verbrechen seien jedoch angesichts der vielen Fälle überfordert. Angeklagte müssten oft ein Jahr warten, bis sie verhört würden.

Thelma Aldana, Vorsitzende des Obersten Gerichtshofes (CSJ) erkennt die Problematik als solche an und versichert, dass das Ziel, Gerechtigkeit im ganzen Land zu erreichen, weiter verfolgt werde.

70 Jahr Haft für García Arredondo bestätigt

Guatemala, 21. Mai. Das erste Berufungsgericht bestätigte gestern das Urteil über 70 Jahr Haft für Pedro García Arredondo, Exchef des Inspektorenkorps der ehemaligen Nationalpolizei (PN). Er wurde des Verschwindenlassens des Studenten Édgar Enrique Sáenz Calito im Jahr 1981 schuldig gesprochen. Die Richter entschieden, dass das Urteil vom 21. August 2012 durch Richterin Yasmin Barrios dem Recht entspricht und der Einspruch der Verteidigung des Angeklagten somit nicht statt gegeben wird.

Verteidiger Moisés Galindo erwiderte darauf, dass er weitere gerichtliche Mittel einsetzen werde, um die Aufhebung des Gerichtsurteils zu erzielen, da seiner Meinung nach keine Beweise existieren, die seinen Mandaten im Fall des Verschwindens von Sáenz Calito belangen. Allerdings befanden sich unter den Beweisen Materialien aus den Archiven der PN, die jede Aktion während des bewaffneten Konfliktes verzeichneten.

Édgar Sáenz Calito wurde am 4. März 1981 in der Zone 9 der Hauptstadt gefangen genommen. Er soll die innere Sicherheit der Nation bedroht haben, da man Propaganda der Organisation des Volkes in Waffen (ORPA) bei ihm gefunden hatte.

Gegen García Arredondo steht noch ein weiterer Prozess aus: für den Brand der spanischen Botschaft 1980 und für den Tod von zwei Studenten, die bei einer Trauerfeier für die Opfer des Brands ums Leben kamen. (Prensa Libre)

Javier Figueroa in Österreich des Mordes beschuldigt

Guatemala, 14. Mai. Der Ex-Subdirektor der Nationalen Zivilpolizei (PNC), Javier Figueroa, wurde von der österreichischen Staatsanwaltschaft des Mordes an sieben Haftinsassen im Gefängnis Pavon angeklagt. Der Sprecher der Anklage, Alois Ebner, meinte, dass der Prozess aufgrund bürokratischer Fragen sich hinauszögern werde. Laut einer Pressemitteilung werden neun Zeugen aus Guatemala am Prozess teilnehmen, weitere 54 Aussagen würden vorgelesen und forensische Berichte der Autopsie analysiert. Es könnte bei einem Schuldspruch zu einer lebenslangen Haftstrafe kommen.

In Guatemala ist Figueroa angeklagt, zu einer kriminellen Struktur zu gehören, die für aussergerichtliche Hinrichtungen während Óscar Bergers Regierung verantwortlich war. 2006 war Figueroa Teil der Gruppe, die im Gefängnis Pavón die Operation Plan Pavo Real ausführte und bei der verschiedene Insassen ermordet wurden. Sieben der Opfer waren laut österreichischer Anklage entwaffnet gewesen. 2007 flüchtete Figueroa nach Österreich, wo er politisches Asyl erhielt. Im Mai 2007 wurde er von der örtlichen Polizei festgenommen, aber unter Kautions freigelassen und unter Hausarrest gestellt, um seine Auslieferung abzuwarten. Im Juni 2011 verlangte Amnesty International, dass Österreich endlich den Auslieferungsantrag unterschreibt, oder ihn aber in Österreich vor Gericht stellt. Im Dezember des gleichen Jahres entschied das Gericht von Linz, Javier Figueroa aus Sicherheitsgründen nicht auszuliefern. Somit werde die Österreichische Justiz den Fall übernehmen.

Im selben Fall wurden Prozesse gegen weitere sieben Personen eröffnet. Darunter befinden sich: Ex-Regierungsminister Carlos Vielmann, Ex-Polizeidirektor Erwin Sperisen, Ex-Direktor des Gefängnisystems, Alejandro Giammattei. Letzterer wurde 2011 freigesprochen, da die Staatsanwaltschaft seine Mittäterschaft an den aussergerichtlichen Hinrichtungen in der Zeit, als er noch Direktor des Gefängnisse war, nicht beweisen konnte. (CEG/EP)

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger E-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com
Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Solidarität mit Guatemala e.V., Sitz in D-79100 Freiburg
Vereinsregister Nr. 2674, Steuer-Nr. 06470/10312, beim Finanzamt Freiburg i.Br. als gemeinnützig anerkannt.

Abo-Verwaltung: fijate@web.de

Solidarität mit Guatemala e.V., Jahresabonnement 50.-€

Kto. -Nr.: 32 95 01-751, Postbank BLZ: 660 100 75, IBAN: DE42660100750329501751, BIC: PBNKDEFF